

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Inneres und Heimat (4. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Marc Jongen, Dr. Götz Frömming, Nicole Höchst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/24654 –**

Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken – Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus aufheben

A. Problem

Die Fraktion der AfD beklagt eine gesellschaftsspaltende Auswirkung des allgegenwärtigen Rassismusvorwurfs, was das gesellschaftliche Klima in Deutschland zunehmend vergifte und ist der Auffassung, der Nationale Aktionsplan gegen Rassismus sei entgegen der Zielsetzung kein weiterer Schritt zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Vielmehr entfalte dieser aufgrund eines falschen Verständnisses der Begriffe „Rassismus“ und dem Konzept der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ eine reziproke Wirkung.

Sie fordert die Bundesregierung daher insbesondere auf, den Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus ersatzlos aufzuheben.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/24654 abzulehnen.

Berlin, den 10. Februar 2021

Der Ausschuss für Inneres und Heimat

Andrea Lindholz
Vorsitzende

Alexander Throm
Berichterstatter

Helge Lindh
Berichterstatter

Dr. Bernd Baumann
Berichterstatter

Linda Teuteberg
Berichterstatterin

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Filiz Polat
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Alexander Throm, Helge Lindh, Dr. Bernd Baumann, Linda Teuteberg, Ulla Jelpke und Filiz Polat

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/24654** wurde in der 196. Sitzung des Deutschen Bundestages am 27. November 2020 an den Ausschuss für Inneres und Heimat federführend sowie an den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 71. Sitzung am 10. Februar 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/24654 empfohlen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 64. Sitzung am 10. Februar 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/24654 empfohlen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 63. Sitzung am 27. Januar 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/24654 empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag auf Drucksache 19/24654 in seiner 119. Sitzung am 10. Februar 2021 abschließend beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

IV. Begründung

Die **Fraktion der AfD** hat ihren Antrag im Ausschuss umfassend begründet und erklärt, es sei unterstützenswert, gegen echten Rassismus vorzugehen. Der Nationale Aktionsplan gegen Rassismus sei jedoch nicht zielführend, da diesem ein zur Unschärfe aufgeblähter Rassismusbegriff zugrunde gelegt werde. Es sei absurd zu propagieren, es gebe einen Rassismus ohne Rassen. Entlarvend sei, dass das gesamte Konzept des Aktionsplans marxistisch konnotiert sei. Folge dieses allumfassenden Rassismusbegriffs sei, dass breite Teile der Bevölkerung einem Rassismusvorwurf ausgesetzt seien. Diese Art der Rassismusbekämpfung verursache eine gesellschaftsspaltende Wirkung, was man ablehne.

Die **Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** lehnen den Antrag ab und betonen übereinstimmend, der Antrag sei empathielos und polemisch und gehe an der gesellschaftlichen Realität vorbei. Aufgrund der Substanzlosigkeit des Antrags erübrige sich jede weitere Ausführung.

Berlin, den 10. Februar 2021

Alexander Throm
Berichtersteller

Helge Lindh
Berichtersteller

Dr. Bernd Baumann
Berichtersteller

Linda Teuteberg
Berichterstatterin

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Filiz Polat
Berichterstatterin

